

28.01**Gründung und Beteiligung SanaFürstenland AG**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 6. Juni 2012 sowie der Antrag der Vorberatenden Kommission vom 24. Oktober 2012. Die Anträge 1. bis 4. des Stadtrates und der Vorberatenden Kommission lauten identisch:

1. *Der Gründung der SanaFürstenland AG und der damit verbundenen Aufhebung des Zweckverbandes Regionales Pflegeheim Gossau wird zugestimmt.*
2. *Den Kapitalerhöhungen der zu gründenden SanaFürstenland AG gemäss diesem Bericht und den nachfolgenden Aufwendungen wird zugestimmt:*
 - a) *Übertragung der Bauten des Regionalen Pflegeheimes Gossau und seiner Betriebsmittel als Sacheinlage zum Buchwert per 31. Dezember 2013:*
 - b) *Übertragung der Betriebsmittel des Altersheimes Espel als Sacheinlage mit einem anrechenbaren Wert vom CHF 900'000;*
 - c) *Anteilmässige Umsetzungs- bzw. Gründungskosten der SanaFürstenland AG in der Höhe von CHF 760'000:*
 - d) *Anteilmässige Gewährung eines Darlehens mit Rangrücktritt in der Höhe von CHF 8'288'000.*
3. *Der Betrieb des Altersheimes Espel wird per 1. Januar 2014 der SanaFürstenland AG übertragen. Das Heimreglement vom 21. November 2002 wird auf den Zeitpunkt der Betriebsübertragung aufgehoben und durch das Heimreglement SanaFürstenland AG ersetzt.*
4. *Der Stadtrat wird ermächtigt, im Zusammenhang mit der Gründung der SanaFürstenland AG Verträge abzuschliessen, namentlich:*
 - a) *Aktionärsbindungsvertrag;*
 - b) *Leistungsvereinbarung ambulant und stationär;*
 - c) *Mietvertrag Altersheim Espel;*
 - d) *Personalüberleitungsvertrag;*
 - e) *Darlehensvertrag.*

Die Vorberatende Kommission stellt am 24. Oktober 2012 folgenden Zusatzantrag:

5. *Im Aktionärsbindungsvertrag wird zusätzlich die Möglichkeit für private Aktienzeichnungen vorgesehen. Dafür gelten folgende Rahmenbedingungen:*
 - a) *Maximal werden 10 % des Aktienkapitals zur privaten Zeichnung freigegeben.*
 - b) *Minimal müssen 5 % des Aktienkapitals privat gezeichnet werden. Wird dies nicht erreicht, entfällt die Option zur privaten Aktienzeichnung vollständig.*
 - c) *Private Aktionäre müssen Aktien für mindestens CHF 1'000 zeichnen.*
 - d) *Ein einzelner privater Aktionär darf maximal 2 % des Aktienkapitals zeichnen.*

Eintretensdiskussion:

Alfred Zahner (FLiG) berichtet als Präsident aus der Arbeit der Vorberatenden Kommission. Der Stadtrat hat eine ausgereifte Vorlage unterbreitet. Die Vorberatende Kommission schlägt zusätzlich vor, dass sich Private an der SanaFürstenland AG beteiligen können. Damit kann das Projekt besser in der Bevölkerung verwurzelt werden. Die VBK hat deshalb den Zusatzantrag 5 formuliert, welcher eine beschränkte private Beteiligung zulässt. Für die künftig vorgesehene Wohnform ist der Standort des Altersheimes Espel nicht mehr geeignet. Die Kommission hat darauf verzichtet, zum Standort Espel eine Volksbefragung zu beantragen. Die neue Gesellschaft soll über Grösse und Standort des künftigen Seniorenwohnens frei entscheiden können. Das Wohn- und Hotellerieniveau soll breite Bevölkerungsschichten ansprechen, auf ein Angebot im oberen Bedarfssegment wird verzichtet. Er beantragt Eintreten und Zustimmung.

Paul Egger: Die Erarbeitung der Parlamentsvorlage war sehr aufwändig. Der Stadtrat hat dem Stadtparlament verschiedene Zwischenberichte zugestellt und dabei den Stand der Arbeiten aufgezeigt. Die Vorlage ist nun aus-

gereift und enthält neue Lösungsansätze. Er beantragt Zustimmung zur Vorlage und zum Zusatzantrag der Vorberatenden Kommission.

Hans Hälg (SVP) unterstützt die Gründung der SanaFürstenland AG. Er ist enttäuscht, dass noch keine Lösungsansätze für den Standort vorliegen. Das Altersheim Espel könnte ertragsreich weiterbetrieben werden. Wenn das Heim aufgehoben wird, wird am Volk vorbei politisiert. Er unterstützt Eintreten.

Walter Senteler (FDP) unterstützt die Vorlage. Mühe hat er mit dem Zusatzantrag der VBK. Eine private Finanzierung sieht er vor allem für den Wohnteil. Die SanaFürstenland AG könnte auch in Form eines Gönnervereins unterstützt werden.

Andreas Strübi (CVP) sieht die Gemeinde Gossau gefordert. Verschiedene Wohnformen, auch für demente Menschen, werden entstehen müssen, dies an einer zentralen Wohnlage. Die Gründung der SanaFürstenland AG sichert solche Möglichkeiten. Die Fraktion unterstützt die Anträge und den Zusatzantrag.

Kathrin Rutz (FLiG) unterstützt die Vorlage ebenfalls.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht verlangt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Anträge 1-4:

Das Parlament stimmt einstimmig zu.

Zusatzantrag 5 der VBK:

Das Parlament stimmt mit 1 Gegenstimme und 2 Enthaltungen zu.

Paul Egger dankt für den klaren Entscheid. Betreffend Standort sind die heute denkbaren Optionen im Bericht aufgeführt. Die Volksabstimmung wird nun vorbereitet. Damit die neue Gesellschaft nach der Volksabstimmung rasch handlungsfähig wird, wird der Suchprozess für den Verwaltungsrat schon vor der Volksabstimmung gestartet.

28.02

Altersheim Espel, Anbau Bettenlift; Überweisung an die Baukommission

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 7. November 2012 mit folgendem Antrag:

Für den Anbau eines Bettenlifts und die Erweiterung des Treppenhauses im Altersheim Espel wird ein Kredit von CHF 665'000 erteilt.

Hanspeter Fröhlich (FDP) unterstützt die Überweisung an die Baukommission. Die Investition dürfte verfehlt sein, sofern das Gebäude in absehbarer Zukunft abgebrochen würde. Alternativ zu einem Bettenlift könnten im dritten Stock ausschliesslich Gäste wohnen, welche keinen Lift benötigen.

Stadtrat Paul Egger verweist auf die gut begründete Vorlage, welche den Bedarf für den Bettenlift aufzeigt.

Beschluss des Stadtparlamentes

Das Geschäft wird an die Baukommission überwiesen.

28.03**Voranschläge und Steuerfuss 2013**

Grundlage ist der „Integrierte Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2013-2017“ vom 26. September 2012. Der Stadtrat stellt im Bericht vom 26. September 2012 folgende Anträge:

1. Es werden folgende Voranschläge 2013 genehmigt:
 - Stadthaushalt (Aufwandüberschuss CHF 1'303'000)
 - Stadtwerke (Aufwandüberschuss CHF 1'069'000)
 - Altersheim Espel (ausgeglichener Voranschlag)
2. Die Steuersätze für das Jahr 2013 werden wie folgt festgelegt:
 - Gemeindesteuer 121 % (plus 5 %)
 - Grundsteuer 0,6 ‰ (wie bisher)

A) Eintretensdiskussion:

Franziska Geser-Burch, Präsidentin der Geschäftsprüfungskommission, verliest deren Bericht.

„Der Stadtrat hat dem Parlament den integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2013 vorgelegt. Die GPK ist erfreut, dass die Qualität auf dieses Jahr erneut verbessert werden konnte und möchte sich bei allen involvierten Personen, insbesondere dem Finanzamt mit seinem Leiter, Heinz Loretini für die Budgetierungsarbeit bedanken.

Der Stadtrat Gossau beantragt mit Bericht und Antrag vom 26. September 2012 für das Jahr 2013 ein Budget mit einem Haushaltsdefizit von CHF 1.3 Mio. bei einer Steuererhöhung um 5 Prozent. Zum Vergleich: Im Voranschlag 2012 wurde mit einem Defizit von 2.6 Mio. Franken gerechnet. Die Stadt Gossau erwartet im Jahre 2013 keine Überraschungen und plant ein Defizit von gut 2 Mio. Franken. Dies würde ein Bezug aus dem Eigenkapital bedeuten.

Die Geschäftsprüfungskommission hat den IAFP inkl. Voranschlag 2013 eingehend und kritisch studiert. Fragen der GPK wurden durch den Stadtrat beantwortet und konnten plausibel dargelegt werden. Bei der Prüfung haben wir uns an die wesentlichen Grundsätze der Verordnung über den Finanzhaushalt gehalten.

Die GPK hat den Voranschlag insbesondere auf die Wesentlichkeit, Verständlichkeit und Zuverlässigkeit geprüft und möchte gerne auf verschiedene punktuelle Bemerkungen hinweisen.

Wir müssen leider zur Kenntnis nehmen, dass wir im Jahre 2013 einfach so finanzielle Lasten von Bund und Kanton zugeschoben erhalten.

Daraus ist ersichtlich, dass wir ohne einen Mehrwert voraussichtlich 8,9 Steuerprozent aufgebürdet erhalten. Fast 3 Mio. Franken kann der städtische Haushalt nicht einfach so „schlucken“.

Der Stadtrat verfolgt daher eine „sowohl-als-auch-Strategie“ – Sparen, Verzicht, Desinvestition und Mehreinnahmen.

Die GPK erkennt, dass der Stadtrat im Budgetierungsprozess 2013 den Sparwillen gezeigt hat. So wurde der Aufwandüberschuss gegenüber der 1. Lesung bis zum heutigen vorliegenden IAFP um 7,7 Mio. Franken gekürzt.

Nach aktuellem Stand ist davon auszugehen, dass der Aufwandüberschuss der Stadt Gossau infolge der Kantonsparpakete im Jahre 2013 nicht 1,3 Mio. beträgt, sondern fast 2 Mio. Franken und dies notabene unter Berücksichtigung der beantragten Steuerfusserhöhung von 5 Prozent. Ohne Steuerfusserhöhung wäre das voraussichtliche Defizit gar 3,6 Mio. Franken.

Die Kantonssparpakete haben jedoch nicht nur auf das Jahr 2013 Auswirkungen auf Gossau. Im Gegenteil – für das Jahr 2014 werden uns wiederkehrende 4,6 Mio. Franken auferlegt. Die Aussichten sind leider düster und die finanzielle Situation weiterhin angespannt.

Das Eigenkapital der Stadt Gossau beträgt gegenwärtig 13,19 Mio. Franken. Aufgabe der Stadt ist es, ein ausgeglichenes Budget vorzulegen. Ist dies nicht der Fall, muss ein allfälliges Defizit über das Eigenkapital ausgeglichen werden können. Wenn die prognostizierten Aufwandüberschüsse bzw. Zusatzbelastungen eintreten, wird unser Eigenkapital schnell dahinschmelzen.

Aufgrund dessen hat der Stadtrat im November entschieden, durch eine externe Firma eine Leistungsüberprüfung zu veranlassen. Eine entsprechende Vorlage wird voraussichtlich im Januar dem Parlament unterbreitet. Daraus sollte allfälliges Einsparpotenzial ersichtlich werden. Es gilt dabei zu beachten, dass verschiedene Leistungen bereits jetzt ausgelagert sind. So zum Beispiel der regionale Sicherheitsverbund, Kinder- und Erwachsenenschutz, Landwirtschaftserfassung, Marktorganisation etc.

Auf Seite 159 im IAFP sehen wir eine Grafik bezüglich Beeinflussbarkeiten. Das Parlament kann bei den kurzfristig beeinflussbaren Aufwandpositionen am schnellsten Einfluss nehmen. Diese beträgt jedoch lediglich 9,5 Mio. Franken und nicht wie aufgeführt 14,4 Mio. Franken.

Die Steuererträge natürlicher Personen machen den grössten Teil der Einnahmen aus. Die Annahme wird jeweils im Sommer auf den Daten des kantonalen Steueramtes erstellt. Gemäss Informationen des kantonalen Steueramtes wäre der Steuerertrag bei gleichbleibendem Steuerfuss unter der Prognose des laufenden Jahres 2012.

Die Verschuldung in Gossau wächst und wächst. So wird gemäss Prognose der Kreditbestand der Stadt Gossau bis ins Jahr 2017 von derzeit 60 auf 95 Mio. Franken ansteigen. Bei einem technischen Zinssatz von 2 % ergibt dies eine jährliche Belastung von rund 1.8 Mio. oder rund 5 Steuerprozenten ab 2017 bzw. 3,5 % im Jahre 2013. Entgegen kommt uns derzeit die tiefe Zinsbelastung. Bei einer Kehrtwende ist dieser Betrag entsprechend höher.

Die GPK hat weiter erkannt, dass wir bei gleichbleibendem Steuerfuss von 116% und ohne weitere Verschuldung uns pro Jahr lediglich 3,6 Mio. Franken (ohne Spezialfinanzierung) als Investitionen leisten können. In der Investitionsrechnung auf Seite 164 IAFP sind die gesamten geplanten Investitionen ersichtlich. Mit der bewilligten Sanierung Schulhaus Haldenbüel sowie mit dem Projekt Wohnen im Alter wäre dieser Betrag bereits ausgeschöpft. Weitere Auslagen wären nicht möglich.

Es sieht in Gossau jedoch anders aus. In steuerlich guten Jahren wurde der bauliche Unterhalt von den Liegenschaften eher vernachlässigt. In der Folge wurde der Steuerfuss in den letzten zehn Jahren um 14 % gesenkt. Es ist jedoch Tatsache, dass in Gossau ein Investitionsstau besteht. Sei es bei Schulen, Wohnen im Alter oder in sportlichen Anlagen. Wenn wir diesbezüglich weiterhin eine attraktive Stadt bleiben möchten, so müssen wir in diese Bauten investieren. Im Jahre 2013 sind gemäss vorliegendem IAFP Investitionen von 9,6 Mio. Franken vorgesehen. In Abstimmung mit dem Gemeindesportanlagenkonzept werden verschiedene Projekte im Jahre 2013 nicht in Angriff genommen. Weitere Projekte ab Seite 166 IAFP sind infolge der finanziellen Möglichkeiten nicht zur Ausführung vorgesehen.

Im Jahre 2013 sind weiter keine Zusatzabschreibungen, Desinvestitionen oder Industrie-Erschliessungskosten budgetiert.

Stadtwerke

In den letzten Jahren konnten die Stadtwerke positive Abschlüsse vorweisen. Für das Jahr 2013 sind jedoch Bezüge aus den Tarifausgleichsreserven vorgesehen. In der Elektrizität ist der Bezug auf CHF 384'000 bei einem Reservebestand per 31.12.2011 von CHF 1'515'625, im Trinkwasserbereich auf CHF 368'000 bei einem Reservebestand von CHF 500'000 und im Erdgasbereich auf CHF 317'000 bei einem Reservebestand von

CHF 1'059'770 budgetiert. Dadurch kann der Aufwandüberschuss von einer guten Mio. Franken gedeckt werden. Zum Vergleich: Im Jahre 2012 wurde ein Ertragsüberschuss von 2,5 Mio. Franken vorgesehen.

Das Reglement „Ablieferung Stadtwerke an Stadthaushalt“ tritt auf 2013 in Kraft. Es ist eine Ablieferung von CHF 2,39 Mio. budgetiert.

In der Tarifgestaltung Netznutzung sind den Stadtwerken durch das Aufsichtsorgan ECom die Hände gebunden. Um ein besseres Resultat zu erzielen, müsste auf der Ausgabenseite angesetzt werden.

In der Investitionsrechnung 2013 sind Nettoinvestitionen von rund CHF 6,2 Mio. (Vorjahr CHF 8,3 Mio.) vorgesehen. Die Realisierung der Projekte ist stark von Dritten abhängig und kann durch die Stadtwerke nicht alleine bestimmt werden.

Altersheim Espel

Das Projekt Seniorenwohnen Region Gossau hat mit der Teiletappe Gründung und Beteiligung SanaFürstenland AG einen ersten Meilenstein gesetzt.

Der laufende Unterhalt im Espel kann 2013 voraussichtlich ohne Reservebezug gedeckt werden.

Bei den Investitionen ist mit dem Bettenlift von CHF 665'000 eine grössere Ausgabe vorgesehen. Dieses Geschäft wurde heute in die Baukommission zur Beratung übergeben.

Geschätzte Anwesende, sie können mir glauben, auch wir GPK-Mitglieder freuen uns nicht über eine Steuererhöhung, sehen jedoch, dass es aufgrund der finanziellen Situation notwendig ist um den derzeitigen Service aufrecht zu erhalten. Als Alternative müssten wir bereit sein, massive Aufgabenkürzungen bzw. –Streichungen einzugehen. Möglichkeiten sind sicherlich vorhanden. Die Wirkung daraus muss uns bewusst sein. So könnte z.B. der Schnee- oder Eimerunterhaltsdienst reduziert werden. Als Wirkung hätten wir Schnee und Eis auf Strassen und Trottoirs sowie überfüllte Eimer. Es stellt sich uns die Frage, in welchen Bereichen wir bereit sind Abstriche einzugehen. Aufgrund der Tendenzen wird sich der Stadtrat in Zukunft um weitere Ausgabensenkungen und mit einer Verzichtsplanung beschäftigen müssen.

Anträge

Aufgrund der gemachten Ausführungen, insbesondere der Kennzahlen und Tendenzen, unserer Prüfung und Gesamtbetrachtung unterbreiten wir Ihnen, geschätzte Damen und Herren, als Geschäftsprüfungskommission grossmehrheitlich folgende Anträge. Neuste Auswirkungen der Kantonsüberwälzungen sind dabei nicht berücksichtigt:

1. Eintreten

Die GPK beantragt auf die Voranschläge 2013 einzutreten.

2. Beschlussfassung

1. Die Voranschläge für das Jahr 2013 der Stadtwerke mit einem Aufwandüberschuss von CHF 1'069'000, des Altersheimes Espel mit einem ausgeglichenen Budget und des Städtischen Haushaltes mit einem Aufwandüberschuss von CHF 1'303'000 werden genehmigt.
2. Die Steuersätze für das Jahr 2013 werden wie folgt festgelegt:

Gemeindesteuer	121 %	(neu)
Grundsteuer	0,6 ‰	(wie bisher)

Hanspeter Fröhlich (FDP) anerkennt, dass der Stadtrat Sparmassnahmen getroffen hat. Der Steuerfuss von 116 % ist nicht in Beton gegossen. Die FDP ist aber nicht bereit, dem Staat mehr Mittel zur Verfügung zu stellen, als notwendig. Nachdem der Kanton schon die Steuern erhöht hat, würde eine Steuererhöhung der Stadt das Fuder überladen. Korrekturen an Einzelpositionen sind Sache des Stadtrates. So sollen z.B. Prozesse in der Verwaltung dargestellt oder Leasingmöglichkeiten geprüft werden. Eine Aufgabenüberprüfung ist nötig. Er stellt folgenden Antrag:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Parlament ein Entlastungsprogramm mit Wirkung ab 2014 zu unterbreiten. Das Entlastungsprogramm umfasst Stadthaushalt und Stadtwerke. Der Stadtrat beantragt dem Parlament für die Umsetzung dieses Projektes einen sich in der finanziellen Entscheidkompetenz des Parlaments liegenden Kredit. (Abstimmung am Schluss der Eintretensdebatte)

Gallus Hälg (SVP) begrüsst die Sparideen auf der Ausgabenseite. Die Steuerfusserhöhung ist im heutigen Zeitpunkt nicht angebracht, ein Zuwarten ist gerechtfertigt. Zwar zeigt der Stadtrat Finanzentwicklungen, aber nebst Kennzahlen keine weiteren Entwicklungen auf. Es sind auch Massnahmen aufzuzeigen. Die SVP beantragt Rückweisung an den Stadtrat. Das Budget soll um 5 Steuerprozent resp. ca. CHF 1.7 Mio. reduziert werden. Nur mit einer Rückweisung hat der Stadtrat die Möglichkeit, die Auswirkungen der Einsparungen aufzuzeigen. Diese sollen im IAFP beschrieben werden. Sollte der Rückweisungsantrag unterliegen, würde der Antrag auf einen gleichbleibenden Steuerfuss von 116 % gestellt. Er stellt folgenden Antrag auf Nichteintreten und Rückweisung:

Der Stadtrat wird beauftragt, einen neuen Voranschlag 2013 für den städtischen Haushalt mit folgenden Voraussetzungen vorzulegen:

- Gleichbleibender Steuerfuss von 116 %
- Reduktion der Aufgaben in den Kernaufwendungen im Gesamtbetrag von 5 Steuerprozenten, d.h. um mindestens CHF 1.687 Mio.

Der neue Voranschlag 2013 prognostiziert somit ein Defizit von 1.303 Mio.

(Abstimmung am Schluss der Eintretensdebatte)

Markus Mauchle (CVP) weist auf die anstehenden grossen Projekte hin, welche finanziert werden müssen. Dies ist mit den heutigen Einnahmen nicht möglich. Leistungskürzungen sind nur beschränkt möglich. Die heutigen Infrastrukturen können wohl noch ohne Unterhalt weiter betrieben werden, was aber nicht nachhaltig wäre. Investitionen in einen attraktiven Wohnort Gossau sind nötig. Der Steuersatz wurde in den vergangenen Jahren auf ein Minimum gesenkt. Eine Erhöhung um 5 % ist vertretbar und wird das Konsumverhalten nicht negativ beeinflussen. Er unterstützt Eintreten.

Erwin Sutter (FLiG) findet die Steuersenkungen der letzten Jahre voreilig. Viele Dienste der Stadt funktionieren wie selbstverständlich. Mit dem Geld des Bürgers macht die Stadt viel Nützliches. Alle Parteien sind für ein attraktives Gossau, das kostet aber Geld. Eine Steuerfusserhöhung ist die logische Konsequenz, Pflästerlipolitik genügt nicht. Die FLiG unterstützt den stadträtlichen Antrag.

Felix Koller (FDP) weist auf die künftig steigenden Zinsen hin. Heute werden Schulden auf Kosten künftiger Steuerzahler gemacht. Falls eine Steuererhöhung angenommen wird, ist ein Teil des Ertrages für Überabschreibungen einzusetzen. Er stellt folgenden Eventualantrag (bei beschlossener Steuererhöhung):

Zur Schaffung einer Reserve für Zeiten steigender Zinsen ist eine Überabschreibung von CHF 1 Mio. zu tätigen. (Abstimmung am Schluss des Traktandums)

Karl Bürki (SP) unterstützt die Voranschläge und den Steuerfuss. Gossau hat in der Vergangenheit alle Sanierungsvorhaben an Volksabstimmungen angenommen. Dafür müssen die nötigen Finanzen bereitgestellt werden. Den Anträgen des Stadtrates wird zugestimmt.

Roland Seiler (SVP) will, dass der Stadtrat sinnvollere Einnahmequellen angeht. So sollen z.B. Grundstückgewinnsteuern aus Neuüberbauungen generiert werden, statt den Grundeigentümern Hindernisse in den Weg zu legen. Er wird keiner Steuererhöhung zustimmen.

Stadtpräsident Alex Brühwiler kann nicht einfach Grundstückgewinnsteuern in Millionenhöhe generieren. Sollten Vorwürfe seitens der GPK vorliegen, wären diese zu formulieren. Er beantragt Eintreten zu den Anträgen des Stadtrates und der GPK. Die finanziellen Eckpfeiler sind offengelegt. Der Abschluss 2012 dürfte schlechter ausfallen als erwartet. Der Antrag für eine Steuerfusserhöhung ist eine finanzpolitische Verantwortung für die nächste Generation. Die Steuerbelastung ist in den Jahren 2005 bis 2012 stark zurückgegangen aufgrund der Revisionen des Steuergesetzes. Der Nettoaufwand pro Einwohner liegt in Gossau massiv tiefer als in vergleichbaren Gemeinden. In den letzten 10 Jahren haben die Stadtwerke den Stadthaushalt mitfinanziert, ohne diese Hilfe wäre der Stadthaushalt defizitär gewesen. In den nächsten Jahren besteht Investitionsbedarf in Gossau. Die Notwendigkeit für eine Steuerfusserhöhung ist vorhanden, die finanzpolitische Verantwortung gebietet dies.

Das finanzpolitische Grundproblem liegt in der Höhe der Investitionen. Der Cashflow beträgt rund 4 Mio., die Investitionen betragen rund 10 Mio. Diese müssen teilweise durch Verschuldung finanziert werden. Die Stadt hat desinvestiert sowie Millionen aus den Stadtwerken transferiert. Das Fremdkapital ist angestiegen durch die wahrgenommenen Aufgaben. Es bestehen folgende Optionen:

- Reduktion Ausgaben
- Steuern erhöhen
- Verschuldung zu Lasten folgender Generationen
- Sowohl als auch

Der Stadtrat wird im Januar 2013 dem Parlament den Kredit für eine Aufgaben- und Leistungsüberprüfung beantragen.

Hanspeter Fröhlich (FDP) hält an seinem Antrag für ein Entlastungsprogramm fest.

Florian Kobler (SP) steht hinter der Idee für ein Entlastungsprogramm. Die SP ist aber gegen Sparmassnahmen nach dem Rasenmäherprinzip. Reformen sind auf der Ausgaben- und auf der Einnahmenseite nötig.

Alfred Zahner (FLiG) will auch in schwierigen Zeiten Investitionen tätigen können.

Abstimmung über Eintreten oder Rückweisung

Das Parlament lehnt den Rückweisungsantrag von Gallus Hälg (SVP) grossmehrheitlich ab. Auf das Budget wird eingetreten.

Abstimmung Entlastungsprogramm

Das Stadtparlament stimmt dem Antrag von Hanspeter Fröhlich (FDP) mehrheitlich zu.

Stefan Harder (FLiG) stellt fest, dass ein solcher Antrag nicht in der Budgetdiskussion, sondern in Motionsform einzubringen wäre.

B) Detailberatung

Der Integrierte Aufgaben- und Finanzplan 2012 – 2016 (IAFP) wird im Detail durchberaten. Die Diskussion folgt der Reihenfolge des IAFP.

Zu Einleitung / Planungsgrundlagen / Finanzpolitische Ziele

Keine Wortmeldungen.

Zum Aufgabenbereich A1 Inneres Finanzen Kultur

Keine Wortmeldungen.

Zum Aufgabenbereich A2 Bildung Sport

Aufgabe	Konto	Antrag Markus Mauchle (CVP)
2000 Schulführung	1030.3010 Löhne	Der Mittelbedarf soll um CHF 32'000 reduziert werden. Bisherige Arbeiten des Schulrates werden neu von Schulleitungen erledigt. Somit kann der Aufwand des Schulrates vermindert werden.

Schulpräsident Urs Blaser wird per 1. August 2013 verschiedene Neuregelungen für den Schulrat einführen. Einiges fällt weg, neue Aufgaben kommen hinzu. Der Gesamtaufwand wird unverändert bleiben. Eine Kürzung wäre sachlich nicht gerechtfertigt.

Beschluss

Der Kürzungsantrag um CHF 32'000 wird angenommen.

Aufgabe	Konto	Alfred Zahner (FLiG)
2030 2040	1212.3020 1213.3020 Löhne	Streichung neue Stelle IT-Verantwortlicher (je Konto CHF 25'000). Eine Person, welche die geforderten Fähigkeiten besitzt, dürfte kaum zu finden sein. Kantonale Lehrmittelkommission konsultieren. Auf jeder Stufe soll eine geeignete Lehrperson beauftragt werden, dafür CHF 10'000 einsetzen. Kürzung um CHF 50'000.

Aufgabe	Konto	Markus Mauchle (CVP)
2030 2040	1212.3020 1213.3020 Löhne	Streichung neue Stelle IT-Verantwortlicher (je Konto CHF 30'000). Die Lösung ist in einer Zusammenarbeit mit dem regionalen didaktischen Zentrum zu suchen.

Karl Bürki (SP) ist gegen die Streichung der Budgetposition. Heute findet sich kaum eine Lehrkraft, welche eine derartige Aufgabe als Ämtchen führt. Die Lehrerschaft könnte nicht mehr auf die Herausforderungen im Bereich Informatik und Multimedia vorbereitet werden. Die angeschafften Informatikmittel sollen optimal eingesetzt werden.

Stadtrat Urs Blaser orientiert, dass die Schule für das Budget 2013 bereits CHF 500'000 eingespart hat. Er bedauert, dass der Kürzungsantrag kurzfristig eingereicht wurde, obwohl der IAFP seit 2 Monaten vorliegt. Die Schule ist für pädagogische Fragen auf die neue Stelle angewiesen, um die rasche Entwicklung mitzuverfolgen. Gossau ist die viertgrösste Schule im Kanton, und hat keine echte Unterstützung im pädagogischen und didaktischen Support. Die Investitionen in die Informatik sollen optimal genutzt und neue Entwicklungen aufgenommen werden.

Felix Koller (FDP) ist gegen eine Ausweitung von Stellen. Die geplante Stelle ist jedoch sinnvoll und begründet.

Beschluss

Die beiden Streichungsanträge werden mehrheitlich abgelehnt.

Aufgabe	Konto	Antrag Stefan Harder (FLiG)
2060 Schulische Zusatzangebote	12198.3181	Die Kosten von CHF 53'100 für das Alarmsystem streichen. Das System ist wünschbar, aber nicht notwendig. Wenn schon ein Alarmsystem, sollen die privaten Handys eingesetzt werden.

Schulpräsident Urs Blaser berichtet, dass das Dispositiv auf einen stillen Alarm ausgelegt ist. Die Kosten für ein fest installiertes System wurden beim Bau des OZ Buechenwald gestrichen, weil sich das System via Handys als besser erwiesen hat. Die Kosten pro Schulhaus sind gering. Eine flächendeckende Einführung ist geplant. Die Kostenfolgen einer anderen Lösung sind nicht bekannt.

Alfred Zahner (FLiG) befürchtet nicht Amokdrohungen in Gossau. Die wiederkehrenden Kosten von CHF 53'100 sind hoch.

Beschluss

Der Streichungsantrag wird angenommen.

Zum Aufgabenbereich A3 Bau Umwelt Verkehr

Aufgabe	Konto	Antrag Markus Mauchle (CVP)
3010 Sportanlagen	1345 Naturrasen	Sanierung CHF 150'000 aus der Investitionsrechnung streichen, Abstimmung mit GESAK

Beschluss

Der Streichungsantrag wird angenommen.

Aufgabe	Konto	Antrag Markus Mauchle (CVP)
3010 Sportanlagen	1346 Freibad	Sanierung Garderoben CHF 150'000 aus der Investitionsrechnung streichen, Abstimmung mit GESAK

Beschluss

Der Streichungsantrag wird angenommen.

Aufgabe	Konto	Antrag Markus Mauchle (CVP)
3010 Sportanlagen	1347 Hallenbad	Wärmerückgewinnung CHF 210'000 aus der Investitionsrechnung streichen, Abstimmung mit GESAK

Beschluss

Der Streichungsantrag wird angenommen.

Aufgabe	Konto	Antrag Erwin Sutter (FLiG)
3020	1217 OZ Rosenau Sanierung	Für die Anschaffung von modernen Schulmöbeln im OZ Rosenau CHF 200'000 einsetzen. Die Sanierung des OZ Rosenau ist erst in einigen Jahren zu erwarten. Der Unterricht sollte nach neuzeitlichen Methoden ermöglicht werden und die Neumöblierung vorgezogen werden.

Schulpräsident Urs Blaser teilt die Haltung des Antragstellers, dass die Schulmöbel erneuerungsbedürftig sind. Die Kosten für die Ausrüstung des ganzen OZ Rosenau machen über CHF 400'000 aus. Sinnvoll wäre die Ausrüstung des ganzen Schulhauses. Der Kredit würde ausreichen, wenn zusätzlich der im Voranschlag eingesetzte Kredit für die Ausrüstung eines anderen Schulhauses auf das OZ Rosenau umgepolt und auf die Ausrüstung des anderen Schulhauses verzichtet würde.

Beschluss

Der Antrag wird abgelehnt.

Aufgabe	Konto	Antrag Felix Koller (FDP)
3020 Schulliege- schaften	12170 Schulanlagen	Die Schulanlage Andwil soll erneuert und erweitert werden. Ein noch grösseres Schulhaus ist aber pädagogisch nicht sinnvoll. Eine Erweiterung soll in Arnegg geplant werden. Arnegg muss aufgewertet werden. Die FDP möchte dem Schulrat Andwil-Arnegg ein Budget für eine Machbarkeitsstudie zur Verfügung stellen und stellt folgenden Antrag: <i>Für eine Machbarkeitsstudie für einen Schulhausneubau in Arnegg sind CHF 40'000 einzuplanen resp. bereitzustellen. Das entsprechende Konto ist um diese Summe aufzusto- cken.</i>

Benno Koller (SVP) wendet sich gegen den Antrag. Vor rund 10 Jahren wurde über den Standort einer Sporthalle im Raum Andwil-Arnegg diskutiert und für den Standort Andwil entschieden.

Stadtpräsident Alex Brühwiler wendet sich gegen den Antrag. Der Stadtrat soll nicht Geld ausgeben, welches eigentlich eine andere Körperschaft ausgeben müsste.

Felix Koller (FDP) möchte das Geld dem Gemeindeteil Arnegg zur Verfügung stellen. Mit einem kleinen Betrag könnte für Arnegg viel bewirkt werden.

Beschluss

Der Antrag wird abgelehnt.

Aufgabe	Konto	Antrag Markus Mauchle (CVP)
3050 Natur und Um- welt	1730 Stärkleweiher	Verzicht auf Aufwertungsmassnahmen CHF 100'000

Beschluss

Der Streichungsantrag wird angenommen.

Aufgabe	Konto	Antrag Erwin Sutter (FLiG)
3110 Strassen	1620 Niederbürer- strasse	Verzicht auf Sanierung CHF 530'000. Zusätzlich mit den Kosten für die Kanalisation (CHF 850'000) und die Wasserleitung (CHF 550'000) entstehen hohe Gesamtkosten. Die Erschliessung soll wegen der finanziellen Situation um einige Jahre verschoben werden.

Aufgabe	Konto	Antrag Erwin Sutter (FLiG)
3130 Abwasser	1711 Kanalisation Brühwil	Verzicht auf Investition CHF 850'000 (s. oben)

Stadtrat Stefan Lenherr fragt, wann die Stadt wieder Geld hat. Etliche Liegenschaften im Erschliessungsgebiet werden wenig landwirtschaftlich genutzt. Sie haben keinen Anschluss an Kanalisation und öffentliche Wasserversorgung. Gleichzeitig muss die Niederbürerstrasse saniert werden, weil sie unter dem Lastwagenverkehr gelitten hat. Aufschieben ist nicht aufgehoben.

Ernst Ziegler (SVP) ist nicht glücklich über die hohen Investitionen. Für die genannten Liegenschaften sind aber Lösungen nötig. Liegenschaften ohne Abwasseranschluss sind heute nicht mehr zeitgemäss.

Erwin Sutter (FLiG) hat Verständnis für die Argumente und zieht die Streichungsanträge zurück.

Aufgabe	Konto	Antrag Marianne Federer (FLiG)
3140 Friedhof	1740.3141	Budgetbetrag für Lärmschutzmassnahmen Friedhof um CHF 200'000 anheben. Es ist keine Luxuslösung nötig, für den Friedhof soll gezielt eine Lösung erstellt werden.

Stadtrat Stefan Lenherr stellt fest, dass für einen wirksamen Lärmschutz mehrere Hunderttausend Franken nötig sind. Der Antrag ist nicht zielführend.

Beschluss

Der Antrag wird abgelehnt.

Zum Aufgabenbereich A4 Versorgung Sicherheit

Aufgabe	Konto	Antrag Markus Mauchle (CVP)
Stadtwerke	65010 Drucksachen 66000 Werbung 66020 Ausstellungen	Kürzung dieser 3 Konti um je CHF 15'000.

Stadträtin Gaby Krapf weist auf die Neupositionierung der Stadtwerke zu einem marktorientierten Unternehmen hin. Um neuen Herausforderungen Rechnung zu tragen, wurde die Stelle des Leiters Marketing und Energie geschaffen.

Beschluss

Der Streichungsantrag wird angenommen.

Aufgabe	Konto	Antrag Markus Mauchle (CVP)
Stadtwerke	65310 Beratungen	Kürzung um CHF 15'000

Stadträtin Gaby Krapf weist auf die verschiedenen Projekte hin, welche mit diesem Betrag finanziert werden.

Beschluss

Der Streichungsantrag wird angenommen.

Zum Aufgabenbereich A5 Jugend Alter Soziales

Keine Bemerkungen.

C) Schlussabstimmung

Fredi Mosberger (CVP) unterstützt aufgrund der dargestellten Fakten die beantragte Steuererhöhung. Gossau wird auch mit einem höheren Steuerfuss attraktiv bleiben.

Stefan Harder (FLiG) beantragt, dass der Grundsteuerwert um 0.1 ‰ auf 0.7 ‰ angehoben wird. Der Mehrertrag entspricht 1 Steuerprozent. Die Erhöhung wäre sozialverträglich und für die Mieten marginal.

Zum Eventualantrag von Felix Koller (FDP) für eine Überabschreibung weist **Stadtpräsident Alex Brühwiler** darauf hin, dass dieser Antrag das Resultat des Stadthaushaltes um 1 Mio. verändert, aber nicht verbessert. Der Stadtrat beantragt Ablehnung.

Antrag 1 (unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen)

Es werden folgende Voranschläge 2013 genehmigt:

Stadthaushalt (Aufwandüberschuss CHF 1'069'000)

Altersheim Espel (ausgeglichener Voranschlag)

Stadtwerke (Aufwandüberschuss CHF 1'303'000)

Antrag 2

Die Steuersätze für das Jahr 2013 werden wie folgt festgelegt:

a) Gemeindesteuer 121 ‰ (plus 5 ‰)

b) Grundsteuer 0,6 ‰ (wie bisher)

Dem Antrag a) wird der Antrag der SVP auf gleichbleibenden Steuerfuss (116 ‰) gegenübergestellt.

Der Antrag der SVP wird abgelehnt mit 11 Ja zu 16 Nein bei 1 Enthaltung. Somit gilt neu ein Steuerfuss von 121 ‰.

Dem Antrag b) wird der Antrag der FLiG für eine Erhöhung auf 0.7 ‰ gegenübergestellt.

Der Antrag der FLiG wird abgelehnt mit 12 Ja zu 16 Nein. Die Grundsteuer bleibt bei 0,6 ‰.

Abstimmung über Anträge Stadtrat und GPK:

Die Anträge werden angenommen mit 17 Ja zu 10 Nein bei 1 Enthaltung.

Abstimmung über den Eventualantrag Felix Koller (FDP)

Der Eventualantrag für eine Überabschreibung um 1 Mio. wird abgelehnt.

Ratsreferendum

Claudia Martin (SVP) beantragt für den Steuerfuss das Ratsreferendum im Sinne von Art. 12 Gemeindeordnung. Das Referendumsbegehren kommt zustande, wenn mindestens 10 Mitglieder des Stadtparlamentes dies unmittelbar nach der Beratung beschliessen. Der Antrag wird von 11 Mitgliedern des Parlaments unterstützt. Damit ist das Ratsreferendum zustande gekommen.

28.04**Verabschiedungen**

Der Präsident und die Fraktionschefs verabschiedeten Franziska Geser-Burch (CVP), Peter Bernhardsgrütter (CVP), Walter Senteler (FDP) und Kathrin Rutz (FLiG), welche mit dem Ende der Amtsdauer aus dem Parlament ausscheiden. Zusätzlich wird Stadtrat Paul Egger per Ende Jahr aus dem Stadtrat zurücktreten.

Stadtrat Paul Egger verabschiedet sich nach 4-jähriger Tätigkeit im Parlament und 8-jähriger Tätigkeit im Stadtrat. Er verstand seine Arbeit als Beitrag zum Ganzen nach dem Motto:

Ein Mann kommt auf eine Baustelle mit 3 Arbeitern.

Er geht zum ersten Arbeiter und fragt ihn: Was tust du da?

Der erste Arbeiter sagt: Ich verdiene mein Geld.

Er fragt den zweiten Arbeiter.

Der zweite Arbeiter sagt: Ich bin der Beste im ganzen Land.

Und er fragt den dritten Arbeiter

Der dritte Arbeiter sagt: Ich helfe mit, eine Kathedrale zu bauen.

Paul Egger wünscht sich Parlamentarier als Kathedralenbauer.

Der Präsident



Norbert Hälg

Der Stadtschreiber



Toni Inauen

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 10. Dezember 2012 genehmigt.